

Haushaltsrede der **Erlanger Linke** vom 16.02.2012 (Eckart Wangerin)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

der Stadtverwaltung Dank zu sagen für ihre Tätigkeit, wie das die Kolleginnen und Kolleginnen der anderen Fraktionen schon vor mir taten, ist mir ebenfalls ein Bedürfnis, doch bedenke man hierbei, daß es auch eine Selbstverständlichkeit für alle Mitglieder der Stadtverwaltung sein muß, die übertragenen Aufgaben jeweils bestmöglich auszuführen – damit meine ich, daß besonderes Lob grundsätzlich denen gebührt, die ihr Amt mit Inspiration und sinnvoller Innovation erfüllen, also – über die reine Routine hinaus – wirklich Hervorragendes leisten, und das sind naturgemäß eben nicht alle.

So können wir grundsätzlich mit dem übereinstimmen, was die statistische Befragung der Erlanger Bürgerschaft hinsichtlich ihrer Zufriedenheit mit der Stadtverwaltung geliefert hat und bedanken uns bei all denen, die das gute Resultat bewirkt haben, nehmen aber ausdrücklich jene aus, die – besonders in den letzten Wochen – dem traditionell guten Ruf Erlangens mehr als geschadet haben durch dienstliche Routine, die nach unserem Verständnis mit dem bisher in Erlangen üblichen Toleranz- und Menschlichkeitsgebot nichts mehr gemein hat.

Unser besonderen Dank gilt den Mitarbeitern in den Kindertagesstätten, Spiel- und Lernstuben und im Jugendamt und den vielen "Ehrenamtlichen", die jahraus- jahrein im caritativen und sozialen Bereich, in den Gewerkschaften, Mietervereinen, in der Heimat- und Denkmalpflege, in Sportvereinen und in der Jugendbetreuung hervorragende Dienste leisten.

Ein alljährlich wiederkehrendes Dilemma, in das grundsätzlich alle Stadträte geraten, ist die Notwendigkeit, abzuwägen zwischen dem, was die "gebeugelte" Finanzlage der Stadt an Entbehrungen vorgibt, und dem, was jede Fraktion für sich für unabdinglich hält – eine traurige Erkenntnis ist es, daß selbst da Prioritäten gesetzt und Einschränkungen hingenommen werden müssen, wo absolute Notwendigkeiten erkennbar sind, z.B. der erschreckende Zustand, in dem sich manche Schulen, Straßen und öffentliche Gebäude befinden – zu kritisieren bleibt u.a., daß für den Unterhalt öffentlicher Einrichtungen nicht grundsätzlich unantastbare, zweckgebundene Rücklagen gebildet werden, die bei Bedarf auch um-

gehend herangezogen werden können. Worauf wir in diesem Zusammenhang immer wieder hinweisen müssen, ist allerdings der Umstand, daß die Haushaltsprobleme der Stadt nicht hausgemacht, sondern einer verfehlten Bundes- u. Landespolitik zuzuschreiben sind. Ich erspare mir hier die ausführlichere Behandlung dieses Themas (nachzulesen in meiner Haushaltsrede 2011) Es bleibt aber auch für das Jahr 2012 festzuhalten, daß ein ausgeglichener Haushalt der Stadt Erlangen aufgrund fortgesetzter Verletzung des Konnexitätsprinzip seitens des Bundes und des Freistaates Bayern nicht möglich ist.

Man kann den Rechenmeister der Stadt, dem sicher wider Willen die Rolle des Sparmeisters aufgezwungen ist, hier nur bedauern, beglückwünschen muß man ihn, weil es ihm bisher gelungen ist, Schlimmeres – wie die Bevormundung in Finanzfragen - von der Stadt abzuhalten.

Zu den Haushaltsanträgen der Erlanger Linke(n)

Es liegt auf der Hand, daß wir uns Gedanken gemacht haben, wie sich das Defizit der Erlanger Stadtkasse ein wenig aufbessern läßt.

Wir beantragen deshalb:

1. die Angleichung der Erlanger Gewerbesteuer an den höchsten, derzeit im Bereich der Metropolregion Nürnberg-Fürth-Erlangen gültigen Hebesatz, d.h. eine Anhebung der Gewerbesteuer auf das Niveau der Stadt Nürnberg mit 447 Punkten.

Diese Angleichung bringt nicht nur mehr Geld in die Stadtkasse (**ca. 2,5 Millionen €**), sondern erscheint uns auch sinnvoll im Hinblick auf die unerwünschte Konkurrenzsituation, die sich im Städtedreieck Nürnberg-Fürth-Erlangen durch unterschiedliche Hebesätze ergibt.

2. ... die Einführung einer Kulturtaxe bei Hotelübernachtungen in Höhe von 5% des Übernachtungspreises, zumindest aber in Höhe von 1 EURO.

Gestatten Sie mir eine ausführlichere Betrachtung des Themas Kulturtaxe (zumal über diesen Antrag heute abend noch abzustimmen sein wird).

Die Stadt Erlangen hat - über ihre Bedeutung als Universitäts- und Siemensstadt hinaus - europaweit auch einen guten Ruf als Stadt wichtiger kultureller Veranstaltungen. Poetenfest, Comicsalon und Figurentheaterfestival sind inzwischen international bekannte Veranstaltungen, Erlangens Theater mit seinem vielseitigen Programm steht namhaften deutschen Bühnen nicht nach, hinzu kommen im Sommer regelmäßige Musikdarbietungen im Schloßgarten, die zahlreiche Besucher auch von auswärts anlocken.

Alljährlich entstehen nun bei den Haushaltsberatungen heftige Diskussionen darüber, ob nicht die eine oder andere Veranstaltung gekürzt oder ganz gestrichen werden sollte, sofern man nicht eines Sponsors teilhaftig würde, der wenigstens einen Anteil der Kosten auf seine Schultern nähme. Die Einbeziehung eines Sponsors (dessen Motivation nicht immer deutlich werden muß) erscheint uns in vielfacher Hinsicht nicht hinnehmbar; angesichts des leeren Stadtsäckels erscheint sie uns nicht verwunderlich, doch aus Sicht der Erlanger Linke wäre diese Abhängigkeit vermeidbar, wenn man sich entschlösse, nach dem Muster anderer Städte (z.B. Köln, Bingen, Weimar, Trier u.a.) eine Art Kultursteuer zu erheben, die vom hiesigen Hotelgewerbe zu erbringen wäre. Die Erlanger Linke beantragt daher, vom Erlanger Hotelgewerbe pro Übernachtung eine Übernachtungssteuer in Höhe von 5% des jeweiligen Übernachtungspreises, zu erheben, zumindest aber in Höhe von 1 €.

Man bedenke in diesem Zusammenhang , daß bereits ein Minimalbeitrag von 1 € pro Übernachtung - also eine geradezu lächerlich geringe Abgabe, die auch weniger betuchten Touristen ohne weiteres zumutbar wäre - jährlich schon ca. 500.000.- € einbrächte und zweckgebunden (!) für kulturelle Belange zur Verfügung stünde. Neben den o.a. Veranstaltungen ist hier auch an bauliche Maßnahmen im Kulturbereich zu denken, so etwa erforderliche Renovierungs- u. Erweiterungsbauten beim Redoutensaal, Sanierung des Eggloffstein'schen Palais u.ä.

Da den Übernachtungsgästen der Stadt das ganze Jahr über die Nutzung einer breiten Palette qualitätvoller kultureller Veranstaltungen geboten wird, empfinden wir es als gerecht, wenn das Hotelgewerbe als Hauptnutznießer des Stadttourismus zur Finanzierung des kulturellen

Angebots zumindest einen kleinen Anteil beiträgt - zumal es von einer, nach unserem Verständnis stark überhöhten Mehrwertsteuerreduzierung seitens der schwarz-gelben Regierungskoalition (von bösen Zungen gelegentlich auch „Lex Mövenpick“ genannt) von 19% auf 7% profitieren kann.

3.: eine Kürzung der Geschäftsführungszuschüsse für die Stadtratsfraktionen, beginnend mit 10 Prozent.

Obwohl die dadurch gewonnenen Einsparungen sicher nicht allzu umfangreich wären, wäre ein solcher Schritt für politikverdrossene Bürger unserer Meinung nach zumindest ein wichtiges Signal (außerdem: „Kleinvieh macht auch Mist“).

Wir beantragen ferner:

4.: ... die Durchführung einer anonymen Befragung aller Erlanger Sozialamts-Leistungsempfänger nach Zufriedenheit mit der Behandlung durch die zuständigen Sachbearbeiter des Sozialamts.

Für die entstehenden Kosten der Befragung sollen im Haushalt 20.000.- € eingestellt werden.

Eine solche Befragung, speziell auf die Belange von ALG II-Empfängern und sonstigen sozialamtsabhängigen Bürgern zugeschnitten, wurde bisher nicht durchgeführt – im Gegensatz etwa zu der ausführlichen Statistik, die im Zusammenhang mit der Befragung der Gesamtbürgerschaft nach Zufriedenheit mit der Stadtverwaltung erstellt wurde. Der Hinweis auf die Existenz eines Briefkastens, in den unzufriedene Sozialamtsabhängige auch anonym Beschwerdebriefe einwerfen könnten, ist völlig unzureichend – Aufschluß über mögliche Schwachstellen des hiesigen Sozialamts läßt sich unserer Meinung nach nur durch eine umfangreiche Befragung möglichst vieler Betroffener erzielen.

5.: ...die Schaffung einer ehrenamtlichen Mediatorenstelle für sozialamtsabhängige Bürger. Zur Deckung der entstehenden Kosten sind in den Haushalt 5000.- € einzustellen.

Diskrepanzen zwischen Sozialamtsabhängigen und deren amtlichen Betreuern würden durch die Einschaltung eines unabhängigen Mediators/Ombudsmanns schneller und mit Sicherheit auch gerechter beseitigt werden können- in diversen Städten der Bundesrepublik gibt es bereits Ombudsleute, die mit großem Erfolg tätig sind.

6.: die Übernahme der Mehrkosten, die Sozialamtsabhängigen durch die Erhöhung der Fahrpreiskosten seitens der VGN entstehen.

Es erübrigt sich, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß Sozialleistungsempfängern, deren Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ohnehin stark eingeschränkt ist, durch diese Verteuerung zusätzliche Einbußen an Lebensqualität auferlegt werden, die uns nicht hinnehmbar erscheinen.

7. : einen Zuschuss für die Jugendfarm in Höhe von 50.000 Euro, für Instandsetzungen und Neubauten der Ställe.

Aufgrund des immer wiederkehrenden Hochwassers entstanden in den letzten Jahren auf dem Gelände der Jugendfarm zahlreiche Schäden, die wegen fehlender Finanzmittel nur unvollständig behoben werden konnten. Im Jahr 2012 müssen nun neue Weiden für die Jugendfarm-Tiere angelegt und etliche Ställe renoviert bzw. neu errichtet werden. Der erforderliche Finanzmittelbedarf wird seitens der Jugendfarm mit ca. 75.000.- € beziffert. Da ca. 1 Drittel der anstehenden Kosten durch Spenden erbracht werden sollen, halten wir es für angebracht, daß die restlichen 2 Drittel (in Höhe von ca. 50.000.- EURO) seitens der Stadt bezuschußt werden.

Die hohe Qualität der von der Jugendfarm geleistete Jugendarbeit dürfte unbestritten sein, daher sollte sie auch gebührend gefördert werden.

8.: einen Zuschuß für das Jugendhaus e.V. in Höhe von 8.400.- € (Anm.: Im Hinblick auf den wertvollen Beitrag, den das Jugendhaus in Sachen Jugendarbeit leistet, erscheinen uns die erbetenen Mittel geradezu als „peanuts“)

Die Anträge 9.: bis 11. (Anträge zur Wiederinbetriebnahme des Dechendorfer Weihers, zur Ausbildung des Radwegenetzes und zur Planung der dringend benötigten STUB) nur in komprimierter Wiedergabe !

12. die Erstellung eines“lesbaren“, allgemeinverständlichen Haushaltsplans für/ab 2012.

Gemeint ist hiermit ein für jeden Bürger einsehbarer und verständlich formulierter Haushaltsplan, der letztendlich bewirken soll, daß sich Bürger an der Gestaltung des städtischen Haushalts aktiv beteiligen. Zielvorstellung ist ein von der Bürgerschaft mitgestalteter und mitgetragener Haushaltsplan bzw. ein sog. “Bürgerhaushalt, wie ihn etliche Städte - darunter Köln, Essen u. Stuttgart, aber auch Erlangens Partnerstadt Jena - – schon realisiert haben.

Schluß:

Was nun unser heutiges Abstimmungsverhalten bezüglich der Haushaltsverabschiedung anbelangt, so können wir – trotz weitgehender Billigung des von Kämmerer Beugel vorgelegten Haushaltsplans – nicht außer acht lassen, daß von unseren als besonders wichtig empfundenen Anträgen leider keiner in seine Planung eingeflossen ist. Haben Sie deshalb Verständnis, wenn wir dem in dieser Form vorgelegten Haushalt nicht zustimmen können.

Zusammenfassend möchte die Erlanger Linke darauf hinweisen, daß sie ihren Hauptauftrag auch weiterhin darin sieht, vorwiegend im sozialen Bereich wirksam zu sein und vor allem den Bürgern „zu Hilfe zu eilen“, die tagtäglich mit den Widrigkeiten zu kämpfen haben, die ihnen durch Geringsteinkommen, körperliche Behinderungen, Asylsuche oder fehlende Unterkunft aufgezwungen sind.